

elektronischer Bundesanzeiger



Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Elektronischen Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.ebundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 01. Oktober 2007
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschluss/Jahresfinanzbericht
Veröffentlichungspflichtiger: Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft in Insolvenz,
Frankfurt am Main
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 070912009617
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlagsges. mbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.

Gontard & MetallBank Aktiengesellschaft in Insolvenz

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum 17. Mai 2002

Lagebericht

Vorbemerkung

Am 17. Mai 2002 wurde nach Überschuldungsanzeige durch den Vorstand der Gontard & MetallBank AG vom 14. Mai 2002 auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 16. Mai 2002 durch das Amtsgericht Frankfurt am Main über das Vermögen der Gontard & MetallBank AG das Insolvenzverfahren wegen Überschuldung eröffnet.

Zum Insolvenzverwalter wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Klaus Pannen, Frankfurt am Main, bestellt.

Die Aufstellung der Abwicklungseröffnungsbilanz und des Erläuterungsberichts hat sich infolge rechtlicher Auseinandersetzungen über die Bestellung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Rumpfgeschäftsjahr vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens vom 1. Oktober 2001 bis zum 16. Mai 2002 verzögert. Die Aufstellung erfolgte mithin erst zum Stichtag 14. September 2006.

Verlauf der Abwicklung

Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens war eine Vielzahl neuer Maßnahmen durchzuführen, um die umfangreiche Masse zu sichern und die weitere Abwicklung zu gewährleisten. Bereits aus bankaufsichtsrechtlichen Gründen wurde kein Neugeschäft mehr generiert. Im übrigen musste der Bankbetrieb im Rahmen der Abwicklung aber aufrechterhalten werden.

Eine erste Gläubigerversammlung wurde am 12. August 2002 abgehalten. Ein fünfköpfiger Gläubigerausschuss wurde gewählt. Die Gläubigerversammlung hat beschlossen, den Bankbetrieb nur im Rahmen der Abwicklung aufrechtzuerhalten.

Die Bewertung der in der Abwicklungseröffnungsbilanz erfassten Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte im Hinblick auf die Abwicklung der Bank insoweit unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Der Insolvenzverwalter berichtet gegenüber dem aufsichtsführenden Amtsgericht Frankfurt am Main, Insolvenzgericht, in halbjährlichem Turnus.

Bisher sind zum 12. August 2002, zum 12. Februar 2003, zum 12. August 2003, zum 12. März 2004, zum 12. August 2004, zum 1. Februar 2005, zum 1. August 2005, zum 1. Februar 2006 und zum 16. Juli 2006 entsprechende schriftliche Berichte erteilt worden.

Der erste Prüfungstermin für die in diesem Insolvenzverfahren angemeldeten und zu prüfenden Insolvenzforderungen fand am 30. September 2002 statt.

Die Insolvenzquote beläuft sich derzeit nach drei Abschlagszahlungen auf rund 57 %.

Mitarbeiter

Zum Stichtag der Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 17. Mai 2002 waren 217 Mitarbeiter bei der Bank beschäftigt. Die Zahl der Mitarbeiter wurde seitdem kontinuierlich reduziert.

Ein Sozialplan wurde im August /September 2002 zwischen dem Betriebsrat der Bank und dem Insolvenzverwalter geschlossen. Der Sozialplan sieht vor, dass insgesamt das Zweieinhalbfache des Monatsverdienstes (§ 10 KSchG) eines Mitarbeiters, der unter den Geltungsbereich des Sozialplanes fällt, ausgezahlt wird. Eine entsprechende Rückstellung wurde gebildet. Der Sozialplan wurde in enger Kooperation mit dem Betriebsrat erarbeitet.

Zu den Aufgabenfeldern der Abwicklung gehören u. a. :

Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs

In Absprache mit der Deutschen Bundesbank sind die Konten der Bank nach Insolvenzeröffnung unter der bisherigen Bankleitzahl weitergeführt worden.

Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs sind mit der Deutschen Bank PGK AG Vereinbarungen über den Lastschriftinzug und die Guthabenverzinsung getroffen worden. In Absprache mit dem Gläubigerausschuss ist ein den spezifischen Anforderungen der Abwicklung genügendes Bankkontensystem entwickelt worden.

Aussonderungsrechte / Wertpapierdepots

Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung verfügte die Bank über einen Bestand von 5.634 Depots mit über 30.000 Einzelposten. Die Depotinhaber wurden über die Insolvenzeröffnung informiert. Die abgeschalteten Abwicklungssysteme der Bank bei der Deutsche Börse AG (Clearstream) wurden schnellstmöglich durch den Insolvenzverwalter reaktiviert. Im Zuge der Depotübertragung mussten Gegenrechte der Bank in jedem Einzelfall geprüft werden. Auf Antrag der jeweiligen Depotinhaber wurden die einzelnen Depots – soweit sie nicht für bestimmte Verbindlichkeiten der Depotinhaber hafteten – übertragen.

Verwertung der Kreditforderungen

Schwerpunkt der Abwicklung ist die Verwertung der Kreditforderungen (Firmenkredite, Baufinanzierungen, Kontokorrentkredite u.a.). Hierzu wurden unter Leitung des Insolvenzverwalters spezielle Teams aus Rechtsanwälten und Bankmitarbeitern gebildet, die in wöchentlichen Besprechungen die einzelnen Verwertungsmaßnahmen beschließen.

Zudem wurde als besondere Verwertungsmaßnahme im Rahmen des Insolvenzverfahrens in enger Abstimmung mit dem Gläubigerausschuss der Verkauf eines Portfolios ausgewählter Forderungen vorbereitet. Das Portfolio umfasste Forderungen aus dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Bank. Das Nominalvolumen sämtlicher Kredite dieses Portfolios betrug 220 Mio €.

Das Portfolio wurde vom Insolvenzverwalter im Rahmen eines Bieterverfahrens verkauft. Der Zuschlag ist der Tochtergesellschaft einer US-amerikanischen Fondsgesellschaft erteilt worden. Der Kaufvertrag wurde im Juni 2003 unterzeichnet. Das Closing fand im August 2003 statt.

Verwertung des Wertpapiereigenbestands

Der Wertpapiereigenbestand der Bank wurde kurzfristig verwertet. Bei „marktengen“ Eigenbeständen mussten über einen längeren Zeitraum kursschonende Teilverkäufe erfolgen.

Abwicklung der Devisentermingeschäfte

Sämtliche Devisentermingeschäfte waren nach der Insolvenzordnung bzw. auf Grundlage der Rahmenverträge abzuwickeln.

Die Abwicklung der Devisentermingeschäfte erfolgte rückwirkend zum 16. Mai 2002. Die durch die Schließung ermittelten Erfolge sind im Ergebnis des abgelaufenen Rumpfgeschäftsjahres vom 1. Oktober 2001 bis 16. Mai 2002 enthalten.

Abwicklung des Designated Sponsoring

Sämtliche Designated Sponsoring-Verträge der Bank wurden beendet.

Veräußerung von Beteiligungen

Zahlreiche börsliche und vorbörsliche Beteiligungen wurden veräußert. In Einzelfällen waren dabei komplexe M&A-Transaktionen erforderlich.

Unterstützung der Einlegerentschädigung

Die Bank hatte über 17.000 Einleger mit Forderungen in Höhe von über 770 Mio €. Die Entschädigung der Einleger wird durch den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken durchgeführt, für die staatliche Einlegerentschädigung aufgrund des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes (EAG), im Übrigen auf Basis des Statuts des Einlagensicherungsfonds.

Abwicklung der Inhaberschuldverschreibungen

Die Forderungen aus Inhaberschuldverschreibungen der Bank sind nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds nicht einlagengesichert. Für diese Gläubiger ist auf der Grundlage des Gesetzes betreffend die gemeinsame Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen eine Versammlung der Inhaberschuldverschreibungsgläubiger einberufen worden, auf der am 29. Juli 2002 Herr Rechtsanwalt Klaus Nieding zum gemeinsamen Vertreter gewählt wurde. Die Inhaberschuldverschreibungsgläubiger nehmen als Insolvenzgläubiger am Verfahren teil.

Schließung der Filialen

Sämtliche Filialen der Bank waren unmittelbar nach der Insolvenzeröffnung zu schließen.

Fortsetzung / Aufnahme von Rechtsstreitigkeiten

Insbesondere zur Durchsetzung von Forderungen waren Rechtsstreitigkeiten fortzusetzen bzw. neu zu beginnen.

Rechnungswesen

Nach Verfahrenseröffnung war kurzfristig ein Kontoabschluss zum 16. Mai 2002 sicherzustellen sowie die Fortsetzung der Bankbuchhaltung zum 17. Mai 2002 zu gewährleisten.

Prozesse

Die zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens anhängigen Aktivprozesse sind weitgehend fortgeführt worden. Nach Insolvenzeröffnung hat der Insolvenzverwalter zudem zahlreiche neue Aktivprozesse eingeleitet. Dabei geht es überwiegend um Leistungsklagen auf Rückzahlung von Forderungen aus Darlehensverträgen.

Zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung anhängige Passivprozesse wurden gemäß § 240 ZPO unterbrochen. Forderungen gegen die Gontard & MetallBank AG i. I., die sich aus dem Zeitraum vor Insolvenzeröffnung ergeben, sind als Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) zur Insolvenztabelle anzumelden. Soweit der Insolvenzverwalter die Forderungen nach Prüfung im Einzelfall bestritten hat, haben einige der Gläubiger Klagen auf Feststellung ihrer Forderung zur Insolvenztabelle erhoben.

Für die Risiken aus den bestrittenen Forderungen, die zur Insolvenztabelle angemeldet wurden, wurde auf Basis der bestmöglichen Schätzung ausreichende Risikovorsorge getroffen. Aufgrund der inhärenten hohen Unsicherheit der abgegebenen Schätzung können sich jedoch noch Auswirkungen auf die folgenden Geschäftsjahre ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und Grundlagen für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EURO

Die Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 17. Mai 2002 erfolgte nach den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 ff. HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des HGB für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) und der RechKredV. Für die Gliederung der Abwicklungseröffnungsbilanz wurde das Formblatt 1 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV zugrunde gelegt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden in der Abwicklungseröffnungsbilanz zum 17. Mai 2002 erfolgte gemäß § 270 Abs. 2 Satz 2 AktG nach den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 ff. HGB) und den ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB, RechKredV).

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden wie Umlaufvermögen bewertet, soweit ihre Veräußerung innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes beabsichtigt ist oder sie nicht mehr dem Geschäftsbetrieb dienen (§ 270 Abs. 2 Satz 3 AktG).

Im Hinblick auf den Beschluss der Gläubigerversammlung, die Gesellschaft abzuwickeln, erfolgte die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die bis zur Erstellung der Eröffnungsbilanz im September 2006 eingetretenen bzw. bekannt gewordenen Ereignisse wurden für die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden als wertaufhellende Ereignisse berücksichtigt.

Die Forderungen aus dem Bankgeschäft wurden zum Nominalbetrag bilanziert. Soweit die Forderungen mit akuten Ausfallrisiken behaftet sind und soweit bei ihrer Verwertung mit Verlusten zu rechnen ist, sind sie mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (§ 253 Abs. 3 Satz 2 HGB) angesetzt. Die erforderlichen Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt.

Die latenten Risiken wurden durch die Bildung einer angemessenen Pauschalwertberichtigung berücksichtigt. Ferner wurden ggfs. Wertaufholungen gem. § 280 Abs. 1 Satz 1 HGB vorgenommen.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere sind jeweils mit den bei ihrer Veräußerung im Jahr 2002 erlösten Werten angesetzt.

Die Aktien und anderen nicht verzinslichen Wertpapiere sind mit den bei ihrer Veräußerung im Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis 14. September 2006 erzielten Werten oder den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag bewertet.

Die Bewertung der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte gleichfalls mit den bei ihrer Veräußerung im Zeitraum vom 17. Mai 2002 bis 14. September 2006 erzielten Werten oder den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag bewertet.

Die Gegenstände des Sachanlagevermögens sind, soweit sie im Insolvenzzeitraum nicht mehr genutzt werden, unter Beachtung von § 270 Abs. 2 Satz 3 AktG mit den von einem öffentlich bestellten und vereidigten Versteigerer ermittelten Liquidationswerten oder mit den vom Insolvenzverwalter geschätzten voraussichtlichen Veräußerungswerten angesetzt. Die im Insolvenzzeitraum voraussichtlich weiter genutzten Vermögensgegenstände sind mit den um planmäßige Abschreibungen bis zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag verminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag zum Abwicklungseröffnungsbilanzstichtag einschließlich anteiliger Zinsen bilanziert.

Die für ungewisse Verbindlichkeiten bzw. für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildeten Rückstellungen sind mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Betrag angesetzt. Ihre Passivierung erfolgte in angemessenem Umfang.

Vorausbezahlte Leasingraten werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten gezeigt.

Sofern die Pensionsrückstellungen unverfallbar sind, wurden die Ansprüche vom Pensionssicherungsverein übernommen und von diesem als Insolvenzforderung angemeldet. Ausgewiesen sind die übernommenen Ansprüche unter den sonstigen Verbindlichkeiten. Pensionsrückstellungen waren insoweit nicht auszuweisen.

Die Rückstellungen für Steuern und für andere Risiken decken die zu erwartenden noch ungewissen Verpflichtungen. Unter den anderen Rückstellungen ist eine Rückstellung für Verpflichtungen aus dem Sozialplan enthalten. Der Sozialplan wurde zwischen dem Insolvenzverwalter und dem Betriebsrat der Bank vereinbart.

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden zum Devisenreferenzkurs zum Stichtag 16. Mai 2002 umgerechnet.

Devisentermin- und Swapgeschäfte wurden zum 16. Mai 2002 abgerechnet und sofern sie zu Verbindlichkeiten führten vom Gläubiger zur Insolvenztabelle angemeldet. Forderungen hieraus wurden zu ihrem Rückzahlungsbetrag aktiviert.

Optionsprämien waren nicht auszuweisen.

Voraussichtliche Dauer und Ergebnis des Verfahrens

Bis zur Aufstellung der Abwicklungseröffnungsbilanz ist die im 2. Insolvenzbericht vom Insolvenzverwalter avisierte Quote für die Insolvenzgläubiger von über 50 % erreicht worden. Die bisherigen Abschlagszahlungen belaufen sich auf 57 %.

Eine exakte Bezifferung der endgültigen Quote kann aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten derzeit nicht vorgenommen werden.

Auch die Verfahrensdauer ist bei einem Insolvenzverfahren dieser Größenordnung nach jetzigem Stand noch nicht genau voraussehbar.

Derzeit ist noch von einem Zeitraum von 4 bis 6 Jahren auszugehen.

Gliederung von befristeten Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

| | 17.05.2002 |
|-----------------------------------|------------|
| | in T € |
| Forderungen an Kreditinstitute | |
| Bis drei Monate | 19.987 |
| Mehr als drei Monate bis ein Jahr | 16.361 |
| unbestimmte Laufzeit | 144.104 |
| | 180.452 |
| Forderungen an Kunden | |

| | |
|---|---------|
| Bis drei Monate | 35.484 |
| Mehr als drei Monate bis ein Jahr | 36.451 |
| Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 106.187 |
| Mehr als fünf Jahre | 78.541 |
| unbestimmte Laufzeit | 198.296 |
| | 454.959 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | |
| Bis drei Monate | 0 |
| Mehr als drei Monate bis ein Jahr | 0 |
| Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 4.313 |
| Mehr als fünf Jahre | 28.275 |
| unbestimmte Laufzeit | 103.784 |
| | 136.372 |
| Spareinlagen mit vereinbarter Kündigung | |
| Bis drei Monate | 40.242 |
| Mehr als drei Monate bis ein Jahr | 10.252 |
| Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 13.804 |
| Mehr als fünf Jahre | 2.088 |
| | 66.386 |
| Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | |
| Bis drei Monate | 568.634 |
| Mehr als drei Monate bis ein Jahr | 7.014 |
| Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 18.873 |
| Mehr als fünf Jahre | 10.586 |
| unbestimmte Laufzeit | 167.789 |
| | 772.896 |

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Folgejahr fällig werdend 96.491

Begebene Schuldverschreibungen

Im Folgejahr fällig werdend 0

Weitere Angaben zu ausgewählten Bilanzposten

Anlagespiegel

Die Entwicklung der Beteiligungen, der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Sachanlagen sowie der Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens im Geschäftsjahr ist wie folgt strukturiert.

| in T€ | Anschaffungskosten | Buchwert 17.05.2002 |
|---|--------------------|------------------------|
| Beteiligungen | 4.347 | 1.083 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 2.019 | 1.019 |
| Sachanlagen (nur Betriebs- und Geschäftsausstattung) | 7.223 | 610 |
| Aktien und andere festverzinsliche Wertpapiere | 0 | 0 |
| | | 17.05.2002 |
| | | T€ |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | |
| Börsenfähig und börsennotiert | | 160.935 |
| Nicht börsenfähig | | 28.570 |
| | | 189.505 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | |
| Börsenfähig und börsennotiert | | 17.661 |
| Börsenfähig und nicht börsennotiert | | 3.531 |
| Nicht börsenfähig | | 0 |

| | | | | |
|---|------|----------------------------|--|--------------------------------|
| | | | | 21.192 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | | | | |
| Ausgleichsposten Bewertung Campoint | | | | 4.293 |
| Abgrenzungen aus Devisenswaps | | | | 0 |
| Verwertungserlöse aus dem Verkauf von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung | | | | 81 |
| Steuererstattungsansprüche | | | | 320 |
| Übrige | | | | 65 |
| | | | | 4.759 |
| Aktive Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| Zahlungen für Leistungen nach dem Bilanzstichtag | | | | 270 |
| | | | | 270 |
| Beteiligungen | | | | |
| nicht börsennotiert | | | | 1.083 |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | |
| nicht börsennotiert | | | | 1.019 |
| Wesentliche Beteiligungen | | Gesellschafts-kapi- tal | anteiliges Gesell- schafts- kapital | Beteiligungs- quote in % |
| Metallbank Capital Corp., New York | TUSD | 1.000 | 1.000,0 | 100,00 |
| Metallbank Securities Inc., Dover/Delaware | TUSD | 151 | 151,0 | 100,00 |
| BITS, Business a.Inform,Technology School, Frankfurt am Main | T€ | 3.000 | 1.000,0 | 33,33 |
| GMB Research & Consulting GmbH, Frankfurt am Main | T€ | 1.000 | 1.000,0 | 100,00 |
| Alpha Wertpapierhandels AG, Frankfurt am Main | T€ | 1.000 | 490,0 | 49,00 |
| Value Select, Frankfurt am Main | T€ | 2.155 | 452,6 | 21,00 |
| Liquiditäts- Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main | T€ | 200.000 | 120,0 | 0,06 |
| PvF Investor Relations AG, Frankfurt am Main | T€ | 500 | 125,5 | 25,10 |

| | | | | |
|--|----|----|------|-------|
| MG Privatversicherungsdienst GmbH, Frankfurt am Main | T€ | 50 | 24,5 | 49,00 |
|--|----|----|------|-------|

Es bestehen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von T € 1.904.

17.05.2002

T€

| | | | | |
|--|--|--|--|--------|
| Sonstige Verbindlichkeiten | | | | |
| Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im wesentlichen: | | | | |
| Lieferantenverbindlichkeiten und andere insolvenzrechtliche anerkannte Verbindlichkeiten | | | | 7.632 |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensionssicherungsverein | | | | 5.655 |
| Steuerverbindlichkeiten aus Betriebsprüfung aus 1997 und 1998 | | | | 1.326 |
| Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben | | | | 467 |
| Verbindlichkeiten aus Wertpapierverkäufen | | | | 461 |
| Noch abzuführende Zinsabschlagsteuer und Solidaritätszuschlag | | | | 262 |
| Übrige | | | | 51 |
| | | | | 15.854 |
| Passive Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und | | | | |
| dem Auszahlungskurs bei Forderungen (Disagio) | | | | 444 |
| Vor dem Bilanzstichtag vereinnahmte Beträge die nach dem | | | | |
| Bilanzstichtag Ertrag werden | | | | 163 |
| | | | | 607 |

Genußrechtskapital

Das begebene Genußrechtskapital von nominal T€ 25.583 dient zur Verstärkung des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 Abs. 5 KWG. Aufgrund des im vorausgegangenen Geschäftsjahres ausgewiesenen Bilanzverlustes vermindert sich der Rückzahlungsanspruch jedes Genußscheininhabers auf null. Eine Ausschüttung auf den Genußschein erfolgte wegen des Bilanzverlustes nicht. Werden in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind die Rückzahlungsansprüche bis zum (ursprünglichen) Nennbetrag aus diesen zu erhöhen und die rückständigen Ausschüttungsansprüche der Genußscheininhaber zu bedienen, bevor eine Gewinnverwendung vorgenommen wird. Rückzahlungsansprüche der Genußrechtinhaber sind gegenüber Ansprüchen anderer Gläubigern nachrangig.

Das im Umlauf befindliche Genußrechtskapital gliedert sich wie folgt :

| Nominal | | von - bis | % |
|---------|-----|-------------------------|-----|
| 25.000 | TDM | 30.12.1996 - 30.12.2008 | 8,0 |
| 583 | T € | 30.09.1999 - 30.09.2011 | 6,0 |

Bilanzielle Eigenmittel

Die Eigenmittel betragen zum 17.05.2002 T€ 0; das sind 0,0 % der Bilanzsumme.

Aktionäre waren am 17. Mai 2002:

| | Anteil am Nominalkapital T€ | Anteil am Nominalkapital % |
|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|
| Gold-Zack AG, Mettmann | 22.146 | 44,92 |
| Investoren um Richard Orthmann | 4.245 | 8,61 |
| Vorstand | 3.308 | 6,71 |
| Mitarbeiter | 1.090 | 2,21 |
| Akzenta AG, Rosenheim | 1.000 | 2,03 |
| Aufsichtsrat | 300 | 0,61 |
| Aktien im Streubesitz | 17.211 | 34,91 |
| | 49.300 | 100,00 |

Entwicklung des Bestandes an eigenen Aktien im Geschäftsjahr

| | 17.05.2002 Anzahl der Aktien |
|---|---------------------------------|
| Anfangsbestand | 66.201 |
| Bestand des Kapitals und der Rücklagen | 17.05.2002 |
| | T€ |
| Gezeichnetes Kapital (49.299.999 Stückaktien) | 49.300 |

| | |
|---|------------|
| Kapitalrücklagen | 67.457 |
| Gewinnrücklage | |
| gesetzliche Rücklage | 39 |
| Rücklage für eigene Anteile | 0 |
| andere Gewinnrücklagen | 6.037 |
| | 6.076 |
| Bilanzverlust -soweit durch Eigenkapital gedeckt- | -122.833 |
| | 0 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Bilanzverlust | 156.894 |
| Zum 17. Mai 2002 sind als Sicherheiten 325.751 Stück Gontard & MetallBank Aktien verpfändet; das sind 0,66 % des Grundkapitals der Gesellschaft. | |
| | 17.05.2002 |
| Eventualverbindlichkeiten | T€ |
| Bürgschaften und Garantien | 17.390 |
| Akkreditiveröffnungen | 5.042 |
| Akkreditivbestätigungen | 0 |
| | 22.432 |
| Unwiderrufliche Kreditzusagen | |
| Zum 17.05.2002 bestanden unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von T€ 0. | |
| Sonstige finanzielle Verpflichtungen | |
| Gegenüber der Liquiditäts- Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main besteht eine Nachschusspflicht in Höhe von T€ 600. Daneben haftet die Bank anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V. Köln, angehörender Gesellschafter. | |
| Fremdwährungsaktiva- und passiva | |
| | 17.05.2002 |
| | T€ |
| Die auf Fremdwährung lautenden Aktivposten - einschließlich anteiliger Zinsen - (ohne Euro) betragen | 94.191 |

die der Passivposten

28.620

Sonstige Angaben

Mitarbeiter -Stand 17.05.2002-

Im Jahresdurchschnitt waren 217 Mitarbeiter beschäftigt.

Organe der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung sind nachfolgend aufgeführt. Die für ehemalige Geschäftsführer und ihre Hinterbliebenen gebildeten Pensionen sind in den sonstigen Verbindlichkeiten enthalten. Sie wurden vom Pensionssicherungsverein als Insolvenzforderung zur Insolvenztabelle angemeldet. Zum Bilanzstichtag bestanden Kreditfinanzierungen gegenüber dem Vorstand in Höhe von T€ 385 und Bürgschaften in Höhe von 0 € .

Pensionsgeschäfte / Sicherheiten

Für die Teilnahme am Offenmarktgeschäftes sind festverzinsliche Wertpapiere mit einem Kurswert von Mio € 93,3, für die Teilnahme am EUREX-Handel Wertpapiere mit einem Kurswert von T € 7,6, sowie bei der Clearstream Banking AG mit einem Kurswert von Mio € 10,0 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand keine Inanspruchnahme im Offenmarktgeschäft.

Verbandszugehörigkeit

Die Bank war bis zum 16.05. 2002 Mitglied des Bankenverbandes Hessen e.V. und gehörte dem Einlagensicherungsfonds innerhalb des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. an.

14. September 2006

Der Insolvenzverwalter

Dr. Klaus Pannen

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Ulrich Wöhr

Oberursel, Unternehmensberater

Vorsitzender

Werner Michael Waldeck

Bad Homburg v. d. H., Rechtsanwalt

stellv. Vorsitzender

Dr. Harald Rieger
Bad Homburg v. d. H., Rechtsanwalt
Aufsichtsratsausschüsse
Bilanz- und Prüfungsausschuss
Dr. Ulrich Wöhr
Werner Michael Waldeck
Markt- und Kreditausschuss
Dr. Ulrich Wöhr
Werner Michael Waldeck
Personalausschuss
Dr. Ulrich Wöhr
Werner Michael Waldeck
Emissionsausschuss
Dr. Ulrich Wöhr
Werner Michael Waldeck
Vorstand
Lothar Mark
Rodgau (Vorsitzender)
Manfred Dahmen
Schmitten
Matthias Löw
Rodgau
Ab 17.05.2002
Der Insolvenzverwalter Dr. Klaus Pannen

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Dr. Ulrich Wöhr, Oberursel (Vorsitzender)

Aufsichtsrat der ATKON AG, Frankfurt am Main (Vorsitzender)

Aufsichtsrat der Hansgrohe AG, Schiltach

Aufsichtsrat der Philipp Holzmann AG, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat der VARTA AG, Hannover

Aufsichtsrat der GOPLA Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover

Werner Michael Waldeck, Bad Homburg v. d. H. (stellv. Vorsitzender)

Aufsichtsrat der Fritz Nols, Global Equity Services AG, Frankfurt am Main (stellv. Vorsitzender)

Aufsichtsrat der da Vinci Asset Managemet AG, Frankfurt am Main (stellv. Vorsitzender)

Vorstand

Lothar Mark, Rodgau (Vorsitzender)

Aufsichtsrat der PvF Investor Relations AG, Frankfurt am Main (Vorsitzender)

Manfred Dahmen, Schmitten

Aufsichtsrat der GfN Gesellschaft für Network Training AG, Stuttgart (Vorsitzender)

Matthias Löw, Rodgau

Aufsichtsrat der Rheinzink, Holding GmbH, Datteln

Bilanz

Aktivseite

€

€

€

€

Barreserve

| | | | |
|--|----------------|----------------|----------------|
| a) Kassenbestand | | 2.868.549,43 | |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | 15.211,14 | |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 15.211,14 | | |
| | | | 2.883.760,57 |
| Forderungen an Kreditinstitute | | | |
| a) täglich fällig | | 144.104.253,32 | |
| b) andere Forderungen | | 36.347.937,55 | |
| | | | 180.452.190,87 |
| Forderungen an Kunden | | | 454.959.028,48 |
| darunter: durch Grundpfandrechte gesichert | 1.312.365,34 | | |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | 496,74 | |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 0,00 | | |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | 100.612.496,31 | |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 100.597.668,97 | | |
| bb) von anderen Emittenten | | 88.891.563,18 | 189.504.059,49 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 87.840.897,37 | | |
| | | | 189.504.556,23 |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | 21.191.613,75 |
| Beteiligungen | | | 1.082.450,42 |
| darunter: an Kreditinstituten | 61.200,00 | | |
| darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten | 931.000,00 | | |
| Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 1.018.823,77 |

| | | | | |
|---|--------------|----------------|----------------|------------------|
| darunter: an Kreditinstituten | 1.018.823,77 | | | |
| Sachanlagen | | | | 610.140,00 |
| Eigene Aktien | | | | |
| Nennbetrag | 66.201 | | | 0,00 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | | | | 4.758.882,04 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 269.590,51 |
| Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | | | | 156.894.140,60 |
| Summe der Aktiva | | | | 1.013.625.177,24 |
| Passivseite | | | | |
| | € | € | € | € |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) täglich fällig | | | 103.784.430,04 | |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | 32.587.816,78 | |
| | | | | 136.372.246,82 |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | | 40.241.851,41 | | |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | | 26.143.923,45 | 66.385.774,86 | |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | |
| ba) täglich fällig | | 167.788.859,29 | | |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | 605.107.318,59 | 772.896.177,88 | |
| | | | | 839.281.952,74 |
| Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | | 10.620.789,36 |

| | | | |
|--|--------------|-----------------|------------------|
| Sonstige Verbindlichkeiten | | | 15.854.163,69 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | | | 606.978,66 |
| Rückstellungen | | | |
| a) Steuerrückstellungen | | 153.387,57 | |
| b) andere Rückstellungen | | 10.735.658,40 | |
| | | | 10.889.045,97 |
| Genussrechtskapital | | | 0,00 |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | 0,00 | | |
| Eigenkapital | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | 49.300.000,00 | |
| b) Kapitalrücklage | | 67.457.305,66 | |
| c) Gewinnrücklagen | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | 38.449,15 | | |
| cb) andere Gewinnrücklagen | 6.037.197,86 | 6.075.647,01 | |
| d) Bilanzverlust -soweit durch Eigenkapital gedeckt- | | -122.832.952,67 | |
| | | | 0,00 |
| Summe der Passiva | | | 1.013.625.177,24 |
| Eventualverbindlichkeiten | | | |
| Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 22.431.397,44 |

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben die Abwicklungseröffnungsbilanz und den erläuternden Bericht der Gontard & MetallBank AG in Insolvenz, Frankfurt am Main, zum 17. Mai 2002 geprüft. Die Aufstellung der Abwicklungseröffnungsbilanz und des erläuternden Berichts nach den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden gesellschaftsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung

des Insolvenzverwalters. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die Abwicklungseröffnungsbilanz und über den erläuternden Bericht abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung entsprechend §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Abwicklungseröffnungsbilanz und den erläuternden Bericht wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in der Abwicklungseröffnungsbilanz und dem erläuternden Bericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Insolvenzverwalters sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung der Abwicklungseröffnungsbilanz und des erläuternden Berichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die Abwicklungseröffnungsbilanz und der erläuternde Bericht den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und vermitteln unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft.

Pflichtgemäß weisen wir auf die Ausführungen des Insolvenzverwalters im erläuternden Bericht hin, dass sich die Gesellschaft mit Wirkung zum 17. Mai 2002 in Insolvenz befindet und die Abwicklungseröffnungsbilanz unter Abkehr vom Grundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (§252 Abs.1 Nr. 2 HGB) aufgestellt wurde.

Frankfurt am Main, den 16. September 2006

1.PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
(Busch), Wirtschaftsprüfer
(ppa.Brunner), Wirtschaftsprüfer